

Artikel vom 22.01.2021

Ortsumgehung

## CSU unterstützt Initiative "Pro Umgehung Oberkotzau"



Die Oberkotzauer CSU unterstützt die Initiative „Pro Umgehung Oberkotzau“. Dies hat die Vorstandschaft in ihrer jüngsten Videokonferenz mit einem eindeutigen Votum beschlossen. Mit dieser parteiübergreifenden, zukunftsorientierten Initiative sollen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Marktes Oberkotzau alle Kräfte für den Bürgerentscheid am 14. März 2021 gebündelt werden. „Es wäre unverantwortlich gegenüber unseren Kindern und deren nachfolgenden Generationen, die Umgehung jetzt nicht zu bauen! Nutzen wir die diese einmalige historische Chance für unsere Heimatgemeinde mit einem eindeutigen „Ja zur Umgehung“ und „Nein zum Bürgerbegehren“, argumentierte CSU-Ortsvorsitzender Andreas Pöhlmann. Die Fakten sprechen für sich: Während des jahrzehntelangen Planungs- und Entscheidungsprozesses hat sich das für eine Staatsstraße weit überdurchschnittlich hohe Verkehrsaufkommen kaum verändert. Der Anteil am Schwerverkehr hat zugenommen und wird auch in Zukunft weiter steigen. Das stetig wachsende Güterverkehrszentrum in Hof (GVZ), der Verkehr durch die Ansiedlung des Amazon-Logistikzentrums in Gattendorf, sowie das geplante Amazon-Verteilzentrum südlich von Oberkotzau werden das zukünftige Verkehrsaufkommen durch Schwerverkehr und Sprinter-Kleinlastwagen weiter erhöhen. „Der Freistaat Bayern als Baulastträger baut die Umgehung Fattigau-Oberkotzau nicht gegen den Willen der Bevölkerung. Ein Nein zum Bürgerbegehren heißt Ja zur Ortsumgehung!“, verdeutlichte CSU-Fraktionschef Achim Hager. Das Verfahren bis zum aktuellen Baurecht für die Staatstraßen-Umgehung habe alle gerichtlichen Instanzen durchlaufen und wurde für rechtmäßig erklärt. Die Oberkotzauer CSU begrüßt die Entscheidung des Marktgemeinderates, aufgrund der Corona-Pandemie zur Abstimmung allen Wahlberechtigten Briefwahlunterlagen zuzuschicken. Ein Besuch in einem Abstimmungslokal ist nicht zwingend erforderlich, aber möglich. Gleichzeitig appelliert sie an alle Bürger, zahlreich von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und das Ansinnen der Umgehungsgegner mit einem klaren „Nein“ abzulehnen.